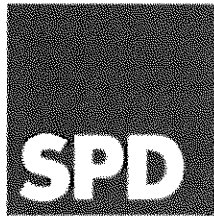
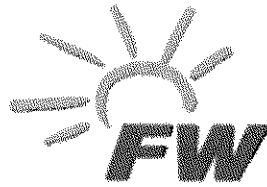


E. 11.06.2015 *h*



Fraktion Pohlheim



FREIE WÄHLER
Fraktion Pohlheim



Fraktion Pohlheim

Pohlheim, den 08.06.2015

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jakob Ernst Kandel
Kirchstraße 2
35415 Pohlheim

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

namens der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW bitten wir um die Aufnahme des nachfolgenden Antrages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Integrationspolitik in Pohlheim

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

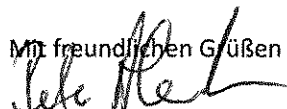
Der Magistrat der Stadt Pohlheim wird beauftragt:

1. Die notwendigen Strukturen in der Stadtverwaltung zur Integration von Flüchtlingen in Pohlheim zu schaffen und einen Integrationsbeauftragten oder eine Organisationseinheit zu benennen, die die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes steuert und für Integrationsmanagement zuständig ist. Für die Umsetzung soll die Broschüre „Integration – wie geht das? - Zugehörigkeit schaffen durch KIM - Kommunales Integrationsmanagement“ des Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa als Leitfaden benutzt werden.
2. Der Landkreis Gießen ist bei seiner Suche nach geeigneten Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen in Pohlheim zu unterstützen. Das Angebot möglicher Immobilien ist unter Nennung von Stadtteil und Belegungszahl dem Ausschuss SKS regelmäßig, erstmals in der Sitzung am 14.7.2015, unter einem Tagesordnungspunkt "Integrationspolitik" vorzustellen.
3. Über den Sachstand der Schaffung der notwendigen Strukturen in der Stadtverwaltung zur Integration von Flüchtlingen ist in der Sitzung des Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport der Stadt Pohlheim in der Sitzung am 14. Juli 2015 unter dem Tagesordnungspunkt „Integrationspolitik“ zu berichten. Ein Entwurf eines Integrationskonzeptes ist dem voran genannten Ausschuss zu seiner Sitzung am 15. September 2015 vorzulegen.

Begründung:

Wie in der Broschüre „Integration - wie geht das?“ des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa zu lesen ist der Umgang mit Vielfalt und diese aktiv zu gestalten eine wesentliche Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung. Der Umgang mit Vielfalt sei für Kommunen prinzipiell nichts Neues. Gute kommunale Arbeit wäre schon immer Übersetzungs- und Vermittlungsarbeit: z. B. als Sozialarbeit, als Jugendhilfe, als Kulturarbeit oder als Gesundheitshilfe. Sie vermittele zwischen den Interessen von Menschen unterschiedlicher Generationen, Geschlechter, Herkunft, Fähigkeiten, Religionen und Überzeugungen oder auch sexueller Identitäten. Dies seien die entscheidenden sechs Dimensionen gesellschaftlicher Vielfalt. Die Antworten auf die Herausforderungen durch Vielfalt seien in der Vergangenheit eher vom Streben nach Vereinheitlichung und Anpassung geprägt. Anerkennung, Wertschätzung und ein bewusster Umgang mit dieser Vielfalt ständen noch kaum im Mittelpunkt kommunalen Handelns. Gesellschaftliche Entwicklungen und Differenzierungen verlange nach einem neuen Umgang mit Diversität und nach neuen Kompetenzen von Institutionen und den in ihnen tätigen Menschen. Sich ständig wandelnde Anforderungen und Aufgaben müsse man nun mit geeigneten organisatorischen Strukturen und individuellen Lösungsansätzen begegnen. Hierzu soll dieser Antrag die Basis bilden.

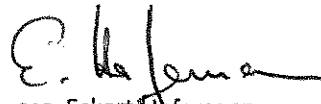
Mit freundlichen Grüßen



gez. Peter Alexander
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



gez. Ewald Seidler
Fraktionsvorsitzender
FW-Fraktion



gez. Eckart Hafemann
Fraktionsvorsitzender
Grüne-Fraktion